Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 1

Artikel: Amerikanische Parteien
Autor: Sturmthal, Adolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333461

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Amerikanische Parteien

Von Adolf Sturmthal (New York)

Es ist reichlich zweifelhaft, ob man in der Gegenwart von amerikanischen Parteien in der Mehrzahl sprechen darf. Es gibt zwar zwei riesige Parteiapparate, die sich erbitterte Kämpfe liefern. Es gibt gewaltige Organisationen, deren Verzweigungen bis in die kleinsten Gemeinden reichen. Und es gibt daher Wahlkämpfe, geführt mit einem Aufwand an Leidenschaft und Propaganda, als ob es um letzte Entscheidungen über das Schicksal des Landes ginge. Aber mehr als das gibt es nicht. Die Parteiprogramme ähneln sich wie ein Ei dem andern, von Akzentverschiedenheiten in Einzelfragen abgesehen. Die soziale Zusammensetzung der Parteien ist grundsätzlich die gleiche. Es ist nicht unberechtigt, von einer einzigen Partei zu sprechen, die sich, um den demokratischen Mechanismus der Wahlen aufrechtzuerhalten, in zwei Organisationen aufgespalten hat, und nun der Oeffentlichkeit die äußeren Anzeichen eines Ringens um Grundsätze vorzaubert. Die Republikanische und die Demokratische Partei, die in den politischen Kämpfen der USA. nahezu ausschließlich die Bühne behaupten, sind in Wahrheit nur eine Partei. Ihre Sonderexistenz ist nichts anderes als eine Methode, demokratisches Leben zu ermöglichen, nichts anderes als ein Beweis dafür, daß selbst in den so neuerungssüchtigen Vereinigten Staaten die Tradition eine lebendige Kraft darstellt.

Es ist wiederholt versucht worden, dieses eigenartige Zweiparteiensystem zu durchbrechen. Seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist immer wieder eine »Dritte Partei« aufgesprungen, teils im mittleren Westen, teils in den Industriegebieten des Nordostens: im ersten Fall meist als fortschrittliche Farmerpartei — die sogenannten Populisten —, im zweiten Fall als sozialistische oder kommunistische Arbeiterpartei. Alle diese Versuche sind bisher erfolglos geblieben. Die beiden großen Parteien haben es immer wieder verstanden, die ihnen abtrünnig gewordenen Wähler durch Uebernahme der zugkräftigsten unter den unmittelbaren Wahlparolen der »Dritten Parteien« für sich zurückzugewinnen. Und weltanschauliche Gegensätze, auf die nach Fortfall der unmittelbaren Streitfragen die Sonderexistenz einer »Dritten Partei« hätte gegründet werden können, spielen in der amerikanischen Politik bisher keine ausreichend große Rolle.

Das bedeutet keineswegs, daß Interessenfragen und daher Interessengegensätze aus dem politischen Leben der USA. ausgeschlossen wären. Im Gegenteil, sie sind gerade, weil Weltanschauungsprobleme kaum existieren, noch wesentlicher als in Europa. Die Form jedoch, in der Interessenkämpfe ausgetragen werden, ist von der kontinentaleuropäischen und der jüngsten Phase der britischen Politik wesentlich unterschieden. Die Aufzeigung dieses Unterschiedes mag dazu beitragen, das Problem zu lösen, warum es in den USA. keine Arbeiterpartei im Landesmaßstab gibt.

*

Die beiden traditionellen Parteien, die Demokratische und die Republikanische, verdanken ihr Entstehen dem amerikanischen Bürgerkrieg. Die Republikanische Partei war die Organisation des industriellen Nordostens, der sich gegen die Sklavenarbeit des Südens auflehnte, und der freien Farmer im Westen, die die Aufschließung des noch unbesetzten Landes im Westen der Republik unter Ausschluß von Negerplantagen forderten. Die Demokratische Partei war die politische Organisation des Südens, das heißt der auf Sklavenarbeit beruhenden Baumwoll- und Zuckerplantagen. Die Republikanische Partei war stark genug, die Präsidentschaft zu erobern, die Konföderation der Südstaaten niederzuwerfen und die Sklaverei abzuschaffen. Aber sie war von allem Anfang an nicht stark genug, das Bundesparlament zu beherrschen. Nur außerordentliche Zwangsmaßnahmen gegen die Südstaaten, die in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg unter dem Druck der radikalen Republikaner durchgeführt wurden, konnten ihnen eine Zeitlang die Vormacht sichern. Die Hoffnungen, die sie auf die Negerstimmen im Süden setzten, schlugen fehl. Der Versuch, die freien Farmer im Westen dauernd an die Republikanische Partei zu binden, scheiterte an dem Gegensatz zwischen den fortschrittlichen Ideen der neuen Farmer und den großkapitalistischen Interessen, die die Republikanische Partei beherrschten. Die Abspaltung der Populisten unter dem älteren La Follette von der Republikanischen Partei setzte deren Hoffnung auf ein permanentes Uebergewicht im Lande ein Ende. Seither bis zur zweiten Wahl Roosevelts im Jahre 1936 waren die beiden Parteien ungefähr gleich stark, die Entscheidung zwischen ihnen fiel meist durch den Wechsel in der Haltung zahlenmäßig schwacher Gruppen.

Mit dem Fortfall der Sklavenfrage verschwanden die prinzipiellen Gegensätze zwischen den beiden Parteien. Die Republikanische Partei entwickelte sich rasch zu einer großkapitalistischen, industriellen Organisation. Aber auch der bisher rein agrarische Süden begann sich zu industrialisieren. Auch in der Demokratischen Partei wurden industrielle Interessen immer wichtiger, wenngleich der Kern der Partei weiter von den Baumwoll- und Zuckerpflanzern — kleinen Königen auf ihren Riesenplantagen — gebildet wurde.

Die soziale Zusammensetzung der Vereinigten Staaten erlaubt jedoch nicht, daß eine einseitige, auf einzelne Interessen abgestellte Organisation die politische Macht erobere. Weder die Industriestaaten des Nordostens, noch die überwiegend agrarischen Staaten des Südens können allein die Präsidentschaft oder gar die beiden Häuser des Kongresses für sich gewinnen. Die soziale Gestaltung des Landes drängt zur Bildung von Koalitionen, in denen regionale Interessen und soziale Tendenzen zusammengefaßt werden. Diese Bildung von Koalitionen ist das entscheidende Problem der amerikanischen Politik.

Zur Zeit des Bürgerkrieges, als die Vereinigten Staaten noch ganz überwiegend agrarisch waren, lag der Schlüssel der nationalen Politik bei den Getreidefarmern des damaligen Westens, der seither durch den Fortgang der Kolonisationsbewegung bis an die Küste des Pazifischen Ozeans gerückt wurde, damals aber in der Gegend des Staates Wis-

consin lag. Die Getreidefarmer entschieden zwischen den Baumwollinteressen und den Viehzüchtern, von denen die ersten im Süden, die zweiten im Norden angesiedelt waren. Die Interessen der entstehenden Industrie wurden im Bund mit den Viehzüchtern vertreten. Aber diese Koalition allein wäre nicht stark genug gewesen, wäre es den Republikanern nicht gelungen, die Getreidefarmer für sich zu gewinnen. Diese Dreierkoalition beherrschte die USA., bis die Getreidefarmer unter den Populisten sich wieder von den Republikanern abwandten. Von da an fällt die Entscheidung regelmäßig im Westen des Landes. Geht er zu den Demokraten über, dann regiert das Bündnis zwischen Getreidefarmern und Baumwollmagnaten. Entscheiden sich die Getreidefarmer für die Republikanische Partei, dann herrscht die Koalition der Viehzüchter, der Industrie und der Getreidefarmer.

Erst die rasche Industrialisierung des Landes, vor allem des Nordostens, verschiebt das Gleichgewicht in diesem System und führt einen neuen Faktor ein. Die Großstädte und das in ihnen lebende industrielle Proletariat werden allmählich zu einer selbständigen Macht in der amerikanischen Politik. Was vorher ganz überwiegend agrarische Politik war, wird nun zu einer Mischung aus agrarischer und industrieller Politik. Die bäuerlichen Interessengegensätze, die vorher infolge der geographisch geschlossenen Anbauformen sehr weitgehend als regionale Gegensätze empfunden wurden, verlieren an Bedeutung gegenüber den Klassengegensätzen, die sich im Bereich der Industrie, das heißt in einem wachsend großen Teil des Landes einheitlich geltend machen. Dieser Uebergang von vorwiegend agrarischer zu gemischt agrarisch-industrieller Politik ist eben jetzt im Gange. Erst seit dem Weltkrieg sind die Vereinigten Staaten überwiegend zu einem Industrieland geworden. Der eben sich vollziehende Umbruch im Parteiensystem ist nichts anderes als die Anpassung an die wirtschaftliche Revolution, die sich in den letzten sechzig Jahren, besonders aber im letzten Vierteljahrhundert vollzogen hat.

*

Die beiden historischen Parteien sind ursprünglich Vertretungen bestimmter, geographisch gebundener Agrarinteressen gewesen. Sie haben, als diese Interessengegensätze an Bedeutung verloren, ihre organisatorische Existenz unverändert behauptet. Sie haben, als mit der fortschreitenden Industrialisierung die sozialen Probleme der Stadt an Bedeutung gewannen, zunächst auch diese Interessengegensätze in sich aufgenommen. Was sich gegenwärtig in den USA. vollzieht, ist die große Auseinandersetzung darüber, ob dieses traditionell gewordene Parteiensystem auch weiterhin den immer stärker hervortretenden sozialen Interessenkämpfen in der Industrie zu dienen vermag.

Die Republikanische Partei hat sich in etwas höherem Maße als die Demokratische zur Wortführerin großindustrieller Interessen gemacht. Sie hat das bisher mit dem Verlust entscheidender kommunaler Positionen in den industriellen Großstädten des Nordostens an die Demokratische Partei bezahlt. Das heißt nicht, daß die Demokratische Partei im Landesmaßstab etwa die Vertreterin der Interessen von Arbeitern

und Angestellten in der Stadt geworden wäre. Die kommunale Verwaltung der Demokratischen Partei im Nordosten des Landes ist sehr weitgehend ein Werkzeug der Arbeiter und Angestellten, in vielen Fällen eingewanderter Arbeiter und Angestellter, geworden. In der nationalen Politik war sie deswegen kaum wesentlich fortschrittlicher als die Republikanische Partei.

So trat dem Wähler bisher unter zwei verschiedenen Parteinamen in Wahrheit eine in allen Arbeiterfragen recht einheitliche Partei gegenüber. Die Entscheidung, ob Republikaner oder Demokrat, fiel zur Hauptsache nach traditionellen Gesichtspunkten. Im »solid South«, im Block des Südens, wählte man Demokraten. Im Nordosten Republikaner. Ein paar unruhigere Einzelstaaten brachten somit die Entscheidung zwischen den beiden Parteien. Zunächst der Getreidefarmer des Westens, später in wachsendem Maß ein paar Staaten zwischen den festgefügten Blocks, darunter Neuyork, das in der Staatspolitik eine führende Rolle spielt, eben weil es zwischen den traditionellen Blocks schwankt. (Das ist nebenbei auch eine der Ursachen dafür, daß so viele demokratische Präsidentschaftskandidaten aus Neuyork stammen, wie Franklin D. Roosevelt, während die Republikanische Partei, die, ohne den Westen und den mittleren Westen wenigstens teilweise mitzureißen, nicht die Mehrheit erlangen kann, ihre Präsidentschaftskandidaten mit Vorliebe dorther holt.) Ob Demokrat oder Republikaner, macht für die reale Gestaltung der Landespolitik nicht viel aus. Der politische und soziale Kurs des Landes wird nicht dadurch bestimmt, daß die eine Partei siegt, die andere in die Opposition gedrängt wird. Beide repräsentieren Interessenkoalitionen, die vom Standpunkt etwa des Arbeiters aus recht gleichartig zu bewerten sind. Für den Baumwollfarmer, der für den Freihandel eintritt, ist die Demokratische Partei der schutzzöllnerischen Republikanischen Partei vorzuziehen, die die Interessen der für den Inlandsmarkt arbeitenden Industrien stärker betont. Für den Arbeiter ist es wichtig, ob die in den Städten meist reaktionärere Republikanische Partei aus der Stadtverwaltung verdrängt werden kann. Für die Landespolitik vermag er zwischen den beiden großen Parteien nicht viel Unterschiede zu entdecken.

Das hat zur Folge, daß der eigentliche, der wesentliche Wahlkampf gar nicht in dem Ringen zwischen den historischen Parteien ausgetragen wird, sondern in dem weitaus wichtigeren Kampf um die Aufstellung der Kandidaten innerhalb der Parteien. Daß in Virginia Demokraten gewählt werden, steht von vornherein fest. Daß Vermont Republikaner wählt, ebensosehr. Aber die sozialen Konflikte werden deswegen nicht aus dem Wege geräumt. Sie tauchen in der Form des Kampfes um den Kandidaten der beiden historischen Parteien wieder auf.

Diese Tatsache ist so bedeutsam, daß sie zu einer einzigartigen Erscheinung geführt hat: die Kandidatenaufstellung ist in den USA. nicht Privatangelegenheit der Parteien, sondern muß sich nach staatlich vorgeschriebenen Regeln vollziehen, in manchen Fällen sogar auf Staatskosten. Die sogenannten Primärwahlen, das heißt die Kandidatenaufstellung, sind der tatsächlich sozial und politisch entscheidende

Wahlgang in den USA. Im Kampf um die Kandidatenaufstellung entscheidet sich der politische Kurs der Parteien. Die Arbeiterschaft ordnet sich in dieses System ein, indem sie innerhalb der beiden alten Parteien durch Beeinflussung der Primärwahlen ihre Interessen zur Geltung zu bringen sucht. Das ändert natürlich nichts daran, daß beide Parteien Koalitionen verschiedener Interessen sind. Das muß angesichts der Größe und Vielfältigkeit des Landes so sein. Die Primärwahlen sind die Form, in der diese verschiedenartigen Interessen das innere Kräfteverhältnis innerhalb der Parteien zu beeinflussen suchen. Das Ergebnis ist, daß beide Parteien in allen Farben schillern. In dem einen Staat stimmen die Arbeiter für einen bestimmten Kandidaten der Republikaner, dessen Kandidatur sie in den Primärwahlen durchsetzen konnten. In einem anderen für den demokratischen Kandidaten, der ihnen besonders nahesteht. Die Klassengegensätze laufen mitten durch beide Parteien hindurch, wobei die Republikanische Partei um etwas reaktionärer zu sein pflegt als die Demokratische.

Wie kann sich nun in diesem Parteiensystem die gewachsene Bedeutung der industriellen Arbeiterschaft durchsetzen? Solange dieses Parteiensystem besteht, gibt es dafür nur eine Möglichkeit: die erfolgreiche Beeinflussung möglichst vieler Primärwahlen in beiden Parteien, um die Aufstellung möglichst vieler, der Arbeiterschaft nahestehender Kandidaten durchzusetzen.

Präsident Roosevelt ist im Begriffe, einen anderen Weg zu ebnen. Er will aus der Demokratischen Partei so etwas wie eine Partei im europäischen Sinne des Wortes machen. Er will ihr eine gewisse Einheitlichkeit geben. Nicht indem er auf die Koalition verschiedener Interessen verzichtet, die angesichts der sozialen Zusammensetzung des Landes die unentbehrliche Voraussetzung für den Wahlsieg der Partei bildet. Aber indem er das spezifische Gewicht, das Kräfteverhältnis der Interessen so umgestaltet, daß die Demokratische Partei zur Trägerin des sozialen Fortschritts wird. Und um das zu erreichen, hat er sich dazu entschlossen, seine unerhörte Autorität in den Primärwahlen seiner Partei einzusetzen.

Das ist ein in der Geschichte des amerikanischen Parteiwesens beispielloser Vorgang. Der Präsident ist zwar der Chef seiner Partei. Aber bisher hielt er sich von den Primärwahlen fern und trachtete nur danach, die dabei erfolgreichen Kandidaten durchzubringen, gleichgültig welcher Gesinnung sie waren. Roosevelt hat an die Stelle des Konflikts zwischen Demokraten und Republikanern ein neues Begriffspaar gesetzt. Er hat in seiner letzten Radioansprache, dem »Fireside Chat«, von dem Unterschied zwischen Konservativen und Liberalen gesprochen. Liberal nicht in dem europäischen Sinn des Wortes, sondern in einem spezifisch amerikanischen Sinn: sozial fortschrittlich, staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft grundsätzlich zugeneigt. Und die Aufgabe, die er sich gestellt hat, ist die, bei den Primärwahlen seiner Partei für den Sieg der — so verstandenen — liberalen Kandidaten zu sorgen. Die Demokratische Partei soll, geht es nach Roosevelt, künftig nicht mehr eine wesentlich auf Tradition und längst über-

holten Streitfragen beruhende Partei, sondern die politische Organisation der fortschrittlichen Kräfte des Landes sein.

Praktisch bedeutet das, daß Roosevelt alle jene Kräfte innerhalb seiner eigenen Partei zurückdrängen will, die seiner Politik, dem »New Deal«, grundsätzlich abgeneigt waren. Das ist einmal der Vizepräsident der Vereinigten Staaten John Garner selbst, der der Führer der Reaktion innerhalb der Demokratischen Partei ist, einige Senatoren und Kongreßleute, die es zu verhindern verstanden, daß der Präsident einige seiner wichtigsten Vorschläge durch den Kongreß durchbringen konnte, das sind vor allem die großagrarischen und großindustriellen Tendenzen innerhalb der Demokratischen Partei. Der Präsident will verhindern, daß einige seiner treuesten Anhänger bei den nun im Gange befindlichen Primärwahlen für die im Herbst bevorstehenden Neuwahlen des Kongresses und eines Teiles des Senats hinausgedrängt werden. Er will umgekehrt durchsetzen, daß an Stelle einiger Reaktionäre »liberale« Kandidaten aufgestellt werden. Und um das zu erreichen, hat er eine große Propagandareise durch die Vereinigten Staaten unternommen, bei der er nicht als Präsident der Vereinigten Staaten, sondern als Chef der Demokratischen Partei für die fortschrittlichen Kandidaten wirbt.

Ob dieser Versuch erfolgreich sein wird, ist kaum abzusehen. Roosevelt hat für sich das ungeheure Prestige, das er immer noch besitzt; die Stimmung im Lande, die nach links treibt; den sich steigernden Druck der in kraftvollen gewerkschaftlichen Organisationen zusammengefaßten Arbeiter und eines erheblichen Teils der Farmer im Mittleren Westen und Westen. Gegen sich hat er die Tradition dieses Landes, das klar ausgerichtete Parteien nicht kennt und nicht liebt; die Parteiapparate in nicht wenigen, vor allem der südlichen Staaten, die völlig im Dienste konservativer Politiker stehen; die politische Apathie eines nicht unwesentlichen Teils der Farmbevölkerung in diesen Staaten; die Tradition der Neger, die bisher unter keinen Umständen für die Demokratische Partei, die alte Vorkämpferin der Sklaverei, zu stimmen bereit waren — obwohl gerade in der letzten Zeit Negerführer es zum erstenmal unternommen haben, offen für die Demokratische Partei einzutreten. Gegen sich hat Roosevelt vor allem aber die Tatsache, daß seine Amtsdauer in zwei Jahren ablaufen wird, was seinem politischen Einfluß innerhalb der Demokratischen Partei eine knapp bemessene zeitliche Frist setzt. Wird es ihm gelingen, zum drittenmal gewählt zu werden? Wird er es überhaupt wagen, den traditionellen Grundsatz, daß kein Präsident eine dritte Amtsdauer haben darf, zu durchbrechen?

Es ist wahrscheinlich, daß die Antwort auf diese Fragen auch den Schlüssel zum Problem der »Dritten Partei«, der Arbeiter- und Farmerpartei in diesem Lande, in sich schließt. Eine klarere Herausbildung der Klassenfronten in der parteipolitischen Organisation ist die Voraussetzung für einen solchen Versuch. Solange die beiden Parteien um Arbeiterstimmen werben und den unmittelbaren Interessen der Arbeiter ebenso offen stehen, wie denen jeder anderen sozialen

Gruppe, solange die wirklichen politischen Entscheidungen innerhalb der beiden Parteien und nicht im Kampf zwischen ihnen fallen, ist eine selbständige Klassenpartei der industriellen Arbeiter und mit ihnen verbündeter Farmer nur schwer möglich. Gelänge es dagegen durch den Sieg der fortschrittlichen Tendenzen innerhalb der Demokratischen Partei zum erstenmal in der Geschichte dieses Landes, die Kraft des industriellen Proletariats zu demonstrieren und innerhalb einer Partei zu konzentrieren, dann wäre der erste Schritt auf diesem Wege getan. Es wäre dann möglicherweise nicht eine dritte, sondern die zweite Partei dieses Landes, die Demokratische Partei, die sich allmählich zur Arbeiter- und Farmerpartei entwickeln und damit das traditionelle Zweiparteiensystem aufrechterhalten würde, dem alle Institutionen so sehr angepaßt sind.

Der »New Deal«, mit all seinen Schwächen und Irrtümern, war der erste Versuch, die wirtschaftliche und soziale Struktur der USA. der ungeheuren Bedeutung anzupassen, die die Industriearbeiterschaft dank der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts erworben hat. Was nun zu tun übrig bleibt, ist, den politischen Ueberbau zu errichten, der dieser wirtschaftlichen Struktur entspricht. Ob Roosevelt nun scheitert oder erfolgreich bleibt, die Frage der Interessenvertretung der industriellen Arbeiter steht auf der Tagesordnung und wird nicht mehr von ihr abgesetzt werden können. Roosevelt mag fähig sein, den Prozeß abzukürzen — die politische Mündigkeit der amerikanischen Arbeiter ist im Begriffe, Tatsache zu werden.

NEUE BÜCHER

Neueste spanische Agrarbücher. Ein ganzes Paket spanische Agrarliteratur fliegt mir ins Haus. Sie ist neuesten Datums, also inmitten der Schrecken des Bürgerkrieges geschrieben und gedruckt und legt ehrendes Zeugnis ab vom Willen der Republik, den vielfach rückständigen Landbau nach Kräften zu fördern. Ich nenne vorab ein 170 Seiten starkes, gut illustriertes Handbuch über Maßnahmen zur Bekämpfung der Obstbaumschädlinge. Das von einem Professor der Escola Superior d'Agricultura verfaßte Büchlein erscheint als Einzelnummer einer ganzen Serie, was darauf schließen läßt, daß die spanische Demokratie eine recht umfangreiche agrarwissenschaftliche Volksbelehrung in die Wege geleitet hat. Diese Tatsache wird des weitern durch die Weiterführung der Herausgabe des »Bulletins des Landwirtschaftsdepartements« belegt, das während Monaten der Papiernot wegen nicht hatte erscheinen können. Nun liegt ein stattlicher Band vor, der eine größere Zahl von Aufsätzen enthält. Es ergibt sich daraus, daß die spanischen Landwirte, soweit die Not der jetzigen Epoche ihnen dazu Zeit läßt, sich ebensosehr mit den Problemen der Güterzusammenlegung in stark parzellierten Gebieten als mit der Landverteilung in den Gebieten des Großgrundbesitzes befassen. In Katalonien — und wohl auch in andern spanischen Provinzen — haben der Mangel an Arbeitskräften einerseits und kollektivwirtschaftliche Bestrebungen anderseits dazu geführt, eine Bewegung zugunsten des technisch - großwirtschaftlichen Landbaues auszulösen. Auch die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung scheint im demokratischen Teile Spaniens unter staatlicher Förderung sehr große Fortschritte gemacht zu haben. ***